Christoph Maeder

Der moralische Kreuzzug des „New Public Management“ in der Schweiz

1. Einleitung

In der letzten Januarwoche des Jahres 1999 ist es in Zürich beinahe zu einem Streik der Trambahn- und Busfahrer gekommen. Die Deutung, daß dieser für die Schweiz doch ungewohnte Vorgang den alten Klassenkampf wieder in die Landschaft sozialer Diskurse einführen würde, ist aber eine unzulässige Verkürzung. Seit mehr als 60 Jahren reguliert das sogenannte „Friedensabkommen“ die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern und schließt den Streik als tarifpolitische Maßnahme aus. Bei genauerem Hinsehen ist es vielmehr die Applikation einer speziellen Wissenssorte aus der Managementlehre, die für soziale Unrast gesorgt hat. Die Chauffeure haben sich gegen eine von „New Public Managern“ entwickelte Strategie des „Outsourcing“ in der staatlichen Verwaltung zur Wehr gesetzt, die ihre Arbeitsbedingungen verschlechtern und den „Kundennutzen“ im öffentlichen Verkehr für die Bürger der Stadt Zürich verbessern wollte. Bemerkenswerterweise ist das Thema in der medialen Darstellung aber nicht als eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einer Berufsgruppe thematisiert worden, sondern vielmehr wurde den sich zur Wehr setzenden Arbeitnehmern vorgeworfen, sie würden die Zeichen der Zeit nicht erkennen (Zürcher Tages-Anzeiger, 29. und 30. Januar 1999). Insbesondere die Arbeitnehmervertreter – so wurde festgestellt – seien nicht einsichtig für das, was heute eben überall im Staatswesen prinzipiell nötig sei: das New Public Management (abgekürzt: NPM).

Diese Medizin aus dem Arzneischränk des Managementwissens, die – unter anderem – Opfer zu Tütern macht und solche Missetat mit vage gefaßten Nutzenerhöhungen für die Allgemeinheit legitimiert, soll im vorliegenden Text einer wissenssoziologischen Analyse unterzogen werden. Über die Beschreibung der zentralen Konstruktionslinien eines Sonderwissensbestandes von zur Zeit im politischen Raum äußerst aktiven Akteuren soll nachgezeichnet werden, wie der Schweizerische Staat als ein manageriell gefaßtes Konzept reformuliert wird. Die soziale Bedeutung dieses Wissenskonglomerates liegt darin, daß die darin enthaltenen Sichtweisen zu einer kulturellen Einschmelzung von Deutungen und Praktiken führen, die im Rahmen eines moralischen Kreuzzuges in Anlehnung

an Howard S. Becker (1973) bewirken, was man als die Delegitimierung des Lokalen bezeichnen kann. Dieser Delegitimationsprozeß seinerseits – so die hier vertretene These – ist eine notwendige Voraussetzung für das, was als ein „streamlining“ staatlicher Verwaltungspraxis im Rahmen umfassender Prozesse der Globalisierung (Sassen 1996) verstanden wird. Es geht hier darum nachzuvollziehen, wie eine solche kulturelle Homogenisierung von Bürokratie als rationaler Herrschaftsform angesichts eines global entfesselten Kapitalismus formiert werden kann und welche neue Orthodoxie dabei erzeugt wird. Im Unterschied zur traditionellen Sichtweise in der Politischen Ökonomie, wie sie z.B. von Habermas (1998) in seiner „Postnationalen Konstellation“ brillant vertreten wird, soll hier die Frage komplementär gestellt werden. Während Habermas nach den Regulationsmöglichkeiten der politischen Institutionen als Antwort auf die staatenlosen, transnationalen Marktkräfte sucht, wird in diesem Text nach den nötigen Vorleistungen in der kulturellen Wissensinfrastruktur zum staatlichen Verwaltungshandeln gefragt, die eine solche Entfesselung flankieren und vorbereiten.

2. Die Herkunft und Verbreitung des New Public Management

Seit mittlerweile gut zehn Jahren wird in der Schweiz mit zunehmendem Erfolg das Bündel von Leitideen und Praktiken verbreitet, das unter dem Etikett „New Public Management“ bekannt geworden ist. Es handelt sich dabei um Konzepte zur Organisation von staatlichen Leistungen, um auf den ersten Blick unpolitische und in erster Linie aus der Betriebsführungslehre stammende Denk-, Deutungs- und Handlungsmuster für eine effiziente Verwaltungsführung im staatlichen Bereich (Schedler 1996).

Je nach Diskussionskontext wird die Herkunft dieser heute mit dem Attribut „wissenschaftlich“ geadelten Lehren angesichts knapp gewordener öffentlicher Finanzen auf ein generell erwachtes Bewußtsein in der Bevölkerung, oder in der wissenschaftlich formatierten Variante auf Verwaltungstraditionen in dem anglo-amerikanischen Raum und das dort entwickelte und angeblich äußerst erfolgreiche „Performance Measurement“ in amerikanischen Gemeinden zurückgeführt. Als *vermeintlich* empirisch belegte, erfolgreiche Prunkstücke dieser Lehre werden gerne die mittlerweile stark zurückgenommenen neoliberalen Reformen im Staatsapparat von Neuseeland anfangs der neunziger Jahre und das Beispiel eines Verwaltungsumbaus in der holländischen Stadt Tilburg herangezogen (Buschor 1994a; Schedler 1996).

Auf allen Ebenen der staatlichen Institutionen finden wir in der Schweiz zur Zeit laufende Projekte, die sich explizit auf das NPM berufen. Die Rezepturen verbreiten sich gegenwärtig mit hoher Geschwindigkeit. Kaum ein verwaltschaftsmäßig gefaßter Zweig des Staates – vom Behindertenheim über das Gesundheitswesen, den Schulen und Universitäten bis hin zur Meteorologischen Zentralanstalt oder der Polizei – kann sich diesen Umgestaltungsmaßnahmen entziehen. Mandatiert und gefordert wird – gemäß einer der kanonischen Maßgrößen des NPM – der konstante Nachweis der Effektivität, definiert als der

Quotient von Input und Nutzen, den irgendeine Tätigkeit im staatlichen Sektor für die Gesellschaft stiftet. Als Trägergruppe für die Erzeugung und Verbreitung der Ideen kann unschwer ein relativ kleiner Kern von an Universitäten verankerten Personen identifiziert werden, der in einem flüchtigen Netzwerk zusammen mit leitenden Beamten und einzelnen zugehörigen Ministern sich daran macht, die staatliche Verwaltung ihrem Resozialisierungsprogramm einzuverleiben.

Es stellt sich nun die Frage, mit welchem Wissen es dieser vergleichsweise kleinen Gruppe von Experten für staatliche Organisation gelingt, ihr Terrain zur Umgestaltung der staatlichen Verwaltung auf ideologischer und praktischer Ebene vorzubereiten und welche Wirkungen sie dabei erzielt. Zur Beantwortung dieser Frage soll nicht etwa auf eine Verschwörungstheorie rekurriert werden, denn eine solche Interpretation wäre zu einfach, wie die folgenden Ausführungen zeigen. Allerdings gilt es, eine strukturelle Besonderheit des Landes zu berücksichtigen, seine Kleinheit. Die Angehörigen der Funktionsebenen kennen sich schnell und wegen der so entstehenden flüchtigen gegenseitigen Abhängigkeitsstrukturen läßt man sich gemäß dem Konkordanzprinzip möglichst gewähren. Offener Dissens gilt als unanständig und unproduktiv. Dies bedeutet nichts anderes, als daß kleine Gruppierungen im politisch-administrativen System eine vergleichsweise große Wirkung erzielen, wenn sie programmatisch unter derselben Leitidee versammelt sind und kein Widerstand artikuliert wird.

3. Die theoretische Situierung des NPM

Grundsätzlich schließen die New Public Manager mit ihrer Kritik an der staatlichen Verwaltung dort an, wo die traditionelle Politische Ökonomie regelmäßig aufgehört hat. Letztere stellte prinzipiell die Vorteile der Konkurrenz und Flexibilität von Märkten dem starren institutionellen Rahmen der Politik gegenüber um dann – logisch und modellimmanent – zu dem Schluß zu kommen, die Schweiz (aber generell jeder moderne Wohlfahrtsstaat) erstarre aufgrund der Rigidität im politischen Bereich auch in der Wirtschaft (z.B. Borner et. al. 1990). Demgegenüber zielen die New Public Manager mit ihren Rezepten auf einer mittleren Ebene auf die staatliche Verwaltungsführung. Dieser Ansatzpunkt ist ihnen deshalb gegeben, weil die NPM-Verfechter, verglichen mit der klassischen Ordnungspolitik volkswirtschaftlicher Provenienz, kaum nachweisbare, allgemeine Vorstellungen zur Funktion der Verwaltung in einem staatlichen Gefüge oder gar eine Staatstheorie entwickelt haben. Wie sich unschwer in der Literatur nachweisen läßt, sind die NPM-Theorien im Vergleich zu den Staatslehren des Staatsrechts und zur politischen Philosophie nur marginal entwickelt. Dies wird dann evident, wenn man die Texte von zwei NPM-Experten aus unterschiedlichen Denktraditionen unter dem Gesichtspunkt der theoretischen Dichte und Sättigung einander gegenüberstellt. Während die staats- und verwaltungsrechtliche Position klar nachvollziehbar argumentiert und sich auf juristische, methodische und politische Fragen und Verweise bezieht, argumentieren die reinen NPM-Vertreter ohne weiteren Theoriebezug jenseits der eigenen Dogmatik. Exemplar-

risch überprüfbar ist diese Aussage an den Texten im Reader von Mastronardi et al. (1998).

Die politischen Ökonomen haben sich mit der Theorie meritorischer Güter und der grundsätzlichen Anerkennung der Bedeutung von ordnungspolitischen Rahmen für die Wirtschaft den Weg in das Innere der Institution der staatlichen Verwaltung geradezu selber verschlossen, weil sie den erwähnten Gegensatz von privatwirtschaftlich organisierten Märkten und deren wirtschaftspolitischer Regulation durch Macht und Herrschaft als notwendigen Rahmen gesetzt haben. Ihre Wirtschaftspolitik hat stark vereinfacht nur zwei Grundfunktionen: Die Verhinderung und Korrektur von unerwünschten Marktergebnissen einerseits (wie z.B. allzu große soziale Ungleichheit, Verhinderung von Monopolen und Kartellen usw.) und den Schutz des wirtschaftlichen Freiraums für die privatwirtschaftlichen Akteure andererseits. Die klassisch-ökonomische Ordnungspolitik ist sich mithin sehr wohl im Klaren darüber, daß in ihrem Modell eine machtmäßige Rahmung einer jeden Wirtschaftsordnung die zentrale Voraussetzung für Stabilität der sozialen Ordnung insgesamt ist. Politische Macht und Herrschaft muß in dieser Denktradition die Wirtschaft letztlich einschränken. Der Staat als ein institutionelles Schema wird zu einem die Wirtschaft rahmenden Agens, dem aber – und das ist hier zentral – prinzipiell andere Entscheidungslogiken, Funktionen und Prozeß-Strukturen als der Wirtschaft durchaus zugestanden werden. Mit dieser Gegenüberstellung und Funktionszuordnung in der traditionellen Politischen Ökonomie wurden im Prozeß der Modernisierung auch die Staats- und Verwaltungsrechtler als die Experten für die Gestaltung staatlicher und damit auch verwaltungsmäßig organisierter Bürokratie in einem modernen Herrschaftssystem etabliert. Max Webers Bürokratietheorie ist denn auch in erster Linie eine soziologische Beschreibung verwaltungsrechtlicher Prinzipien für die Ausübung von legitimer Herrschaft (Weber 1972). Allerdings bedeutet dies nicht, daß die von Weber beschriebene Idealtypik nicht jeder großen Organisation eignet und letztlich unabhängig davon Gültigkeit hat, ob es sich dabei um staatliche oder private Formen handelt. Solange es um das Phänomen der Regulierung von Macht geht, ist die Bürokratie – Weber zufolge – das prinzipiell überlegene System zur Stabilisierung sozialer Ordnung. Sie gerinnt in der Verwaltungspraxis moderner Staaten zur rationalen Herrschaft.

Mit all dem haben nun aber die New Public Manager wenig bis gar nichts im Sinn: Macht und Herrschaft sind Kategorien, die in ihrer Publikationsflut systematisch nicht auftauchen und Webers Bürokratietheorie wird – in verkürzter und unzulässiger Rezeption – als der Prototyp für das zu überwindende Paradigma vorgeführt. Ihre Begriffe lauten: Effizienz, Effektivität, Flexibilität, Benchmarking, Qualitätsmanagement, Globalbudget mit Leistungsauftrag, Outsourcing, Reengineering, Wirkungsorientierung, schlanke Organisation und was sich sonst noch alles in den Arsenalen der modernen Managementsprache finden läßt.

4. Doxa des New Public Management

Wir wenden uns nun der Doxa des NPM zu, die in den oben skizzierten Einfallskanal auf der mittleren Ebene des Staates vorstoßen. Als Doxa werden hier die nicht hintergehbaren Ansichten und Meinungen bezeichnet, die sich in der Bündelung von Akteuren zu vorausgesetzten, benutzten und geteilten Vorstellungen über einen relevanten Wirklichkeitsausschnitt verbinden. Sie formen – wenn auch nicht exklusiv, so doch prägend – die gemeinsam verwendete Interpretations- und Begründungslogik innerhalb einer Diskursgemeinschaft. Diese Doxa bilden die grundlegende, wirklichkeitsstiftende Wissensinfrastruktur innerhalb eines kulturellen Modells und sind die Voraussetzung für die praktische Begründung und Anwendung von NPM-Programmen.¹

Ausgangspunkt aller Ausführungen zum NPM ist das stets nur pauschal geführte Argument, daß insbesondere die öffentlichen Finanzen grundsätzlich nicht effizient und effektiv genug verwendet würden. Obwohl der Befund in dieser Allgemeinheit kaum belegbar ist, wird gegenüber der staatlichen Verwaltung damit ein Generalverdacht als Diagnose formuliert, der mit den immer wieder tatsächlich vorkommenden Beispielen von Amtsschimmelneien leicht zu insinuieren, aber selbstverständlich nicht grundsätzlich zu belegen ist. Die von schweizerischen Politologen empirisch belegte Aussage, daß nicht nur Ineffizienz und mangelnde Durchschlagkraft staatlicher Behörden zu einer Mittelknappheit in öffentlichen Haushalten führen, sondern auch die stetige Zuweisung neuer und zusätzlicher Aufgaben durch die Parlamente, vermag die NPM-Vertechter nicht ernsthaft zu irritieren. Ebenso wenig sind sie Argumenten zugänglich, die darauf hinweisen, daß die schweizerische Staatsquote mit – je nach Berechnung zwischen 26% bis 38% BSP-Anteil – im internationalen Vergleich durchaus respektabel ist und es im Ausland kaum jemandem in den Sinn käme, die schweizerische Verwaltung pauschal der Ineffizienz zu verdächtigen.

Die Empirieresistenz und die Ignoranz der Arbeiten von Politologen und Volkswirtschaftlern bilden ein generelles Muster im NPM-Diskurs. Sie sind eine wichtige Ressource zur moralischen Befestigung des Anspruchs „Es muß besser werden“ und der damit verknüpften impliziten Botschaft „Es braucht uns dafür“ und „Nur wir können das“. Die Abwesenheit solider sozialwissenschaftlicher Empirie im Verbund mit den generellen Ineffizienz- und Ineffektivitätsunterstellungen, die ja implizit immer auch ein „mehr ist mit weniger machbar“ enthalten, begründen ein Deutungsmuster für die empfohlenen Eingriffe in die Verwaltung, an dem sich dann folgerichtig nur Ewiggestrige, prinzipiell Uneinsichtige und andere als Außenseiter stigmatisierte Personengruppen nicht beteiligen wollen. Daran ändern auch die im gleichen Strickmuster vorgetragenen Ausweitungen des Effizienzarguments wenig, wenn die NPM-Vertechter den globalen Standortwettbewerb als Begründung ihrer eigenen Notwendigkeit bemühen.

Als eine zweite doxische Kategorie finden wir im NPM-Vokabular den Begriff des Kunden (Mäder 1995). Bürger mit ihren Rechten und Pflichten gegenüber

¹ Zum Konzept der Wissenform des kulturellen Modells in der Tradition der kognitiven Anthropologie wird auf den Reader „Cultural Models in Language and Thought“ von Holland und Quinn (1987) und auf D’Andrade (1995) verwiesen.

dem Staat, der sich in der Verwaltung als Herrschaftssystem konkretisiert, werden in der NPM-Literatur grundsätzlich zu Kunden umdefiniert, denen es „bürgerlich“ und mit „Dienstleistungsorientierung“ zu begegnen gilt. Diese Idee ist unproblematisch und für den Umgang mit Behörden sogar angenehm, solange es sich dabei nicht um wirklich bobettliche Aufgaben mit klarer Herrschaftsfunktion und Machtanspruch handelt. Selbstverständlich ist eine Kehrichtabfuhr oder eine ähnliche Behörde für die Benützenden angenehmer, wenn sie die Bürger in einer milden Analogie zum Kunden behandelt. Doch ein echter Kunde kann per definitionem jederzeit entscheiden, ob er etwas kaufen möchte oder nicht, sofern er über die nötige Kaufkraft dazu verfügt. In den weitesten Bereichen sind nun jedoch Bürger idealisierte Subjekte mit Rechten und Pflichten und keinesfalls Kunden. Sie entscheiden kaum je ernsthaft und schon gar nicht situativ darüber, ob sie eine konkrete staatliche Leistung, wie z.B. die Kehrichtabfuhr oder die Schulbildung der Kinder wirklich haben wollen. Dies wurde und wird nämlich im Grundsatz und als ein kollektiv bindender Entscheid an anderen Orten festgelegt: In den Parlamenten, den darauf basierenden Verordnungen der Exekutive und bei den Volksabstimmungen über Sachvorlagen. Die Kundenmetapher stößt schnell an Grenzen, sobald man etwas genauer darüber nachdenkt. Aber auch dieses Problem kümmert die NPM-Vertreter wenig, weil für sie die Kundenmetapher insofern tatsächlich Gold wert ist, als sie ihnen einen direkten und kommunikativ sehr anschlussfähigen Zugang zum Alltagswissen der betroffenen Bevölkerung eröffnet. Dies ist insbesondere für die mediale Flankierung ihrer durchwegs als Reformen verkauften Projekte nützlich und hilfreich. Zur Entlastung der NPM-Verfechter kann an dieser Stelle nur darauf hingewiesen werden, daß die Klügeren unter ihnen diese Kritik mittlerweile insofern berücksichtigen, als daß sie in ihren Texten im wissenschaftlichen Format den Begriff der „Kundenorientierung“ oder der „Dienstleistungsorientierung“ als Substitute für den reinen Kunden eingeführt haben.

Da eine solche Dienstleistungsorientierung ohne Kunden offenbar mit gewählten Beamten nur schwer herzustellen ist, wurde in der Schweiz in den letzten Jahren die Verbeamtung von Personal im Staatsdienst radikal reduziert. Nur noch wenige, exponierte Spitzenbeamte stehen mittlerweile einer großen Überzahl von binnen drei oder sechs Monaten kündbaren Staatsangestellten gegenüber. Hier wird ein weiteres wichtiges Prinzip des NPM sichtbar, die intendierte Flexibilisierung von Anstellungsverhältnissen jeglicher Art (dazu aus juristischer Sicht Richli und Müller 1996), mit der Ausnahme der Anstellungsverhältnisse der NPM-Ordenker an den Universitäten, die – überraschenderweise? – fast ausschließlich im Beamtenstatus anzutreffen sind. Die Idealvorstellung des NPM geht weiter davon aus, daß weiteste Teile dessen, was heute von staatlichen Verwaltungen hergestellt wird, auf private Anbieter zu verlagern sei, sobald diese glaubhaft machen können, sie würden billiger, oder – wie auch immer definiert – gleich gut anbieten. Genau dies wurde unseren eingangs erwähnten Trambahnfahrerinnen und -fahrern in Zürich zum Verhängnis: Eine private Firma offerierte die Bedienung ausgewählter Strecken für weniger Geld, als es die Stadt zur Zeit angeboten hat, und schon beschloß der Zürcherische Verkehrs-Verbund ZVV, die Arbeitsbedingungen für das Personal zu verschlechtern und Teile des Streckennetzes einer Prozedur namens Outsourcing zu über-

antworten. Damit wird sichtbar, daß die NPM-Vertreter die staatliche Verwaltung trotz ihrer Andersartigkeit in Konstruktion und Funktion nicht anders behandeln wollen als auf dem Markt konkurrierende Unternehmen.

Ein nächstes Element im Haushalt der Doxa bildet eine generelle Steuerungs- und Steuerbarkeitsidee im Hinblick auf das, was unter dem Etikett der Effektivität verhandelt wird. Abstrakt gesprochen meint Effektivität im NPM das Verhältnis von Nutzen (einer Behörde, einer Maßnahme usw.) und den dafür verwendeten Mitteln. Diese Effektivität ist selbstverständlich kaum empirisch, sondern nur normativ zu bestimmen. Doch die bereits angemahnte Empirieresistenz des NPM aus einer wissenschaftlich unabhängigen Sicht verstärkt dieses Denkschema selbstredend. Im Verbund mit einer nonchalanteren Auslassung weiterer theoretischer Reflexion anhand durchaus verfügbarer, erstklassiger Literatur zur Verwissenschaftlichung des Wissens um Organisationstheorie (z.B. Walter-Busch 1996), wird für die Steuerung eine Vielzahl, teilweise auch sich widersprechender Verfahren, Prozeduren und Indikatoren entwickelt. Daß die Entwicklung und Durchsetzung solcher Parameter in einen unendlichen und finanziell wie politisch teuren Verhandlungsprozeß münden, in dem die Samthandschuhe im Kampf mit gut organisierten professionellen Interessen ausgezogen werden müssen, wie das Beispiel der Auseinandersetzung mit der Lehrerschaft im Kanton Zürich zeigt, gereicht den NPM-Verfechtern nur auf den ersten Blick zum Nachteil. Auf der Habenseite schlagen sich solche Vorgänge mit einem endlosen Beratungsbedarf von Behörden und in einer nicht enden wollenden Mission zur Überzeugung Uneinsichtiger zu Buche. Zentral wird dann für die Vertreter des NPM auch die wissenschaftlich wenig haltbare Behauptung, daß es für ihre Verfahren objektive Evaluationsverfahren für die Messung staatlicher Güter- und Dienstleistungsproduktion gebe. Allerdings ist das Interesse der NPM-Verfechter auf der faktischen und praktischen Ebene von Evaluationen bemerkenswert gering. Bis heute gibt es jedenfalls in der Schweiz keine systematischen, empirisch-methodologisch vertretbaren, sogenannten „summativen Evaluationen“ (Scriven 1991) all der vielen und sehr teuren NPM-Maßnahmen. Die bisher nachweisbare Erfolgsberichterstattung tritt typischerweise nur unter Programmtiteln wie „Umbruch in Politik und Verwaltung: Ansichten und Erfahrungen zum New Public Management in der Schweiz“ (Habützel und Schedler 1995) in Erscheinung. Das allgemeine Versprechen, man mache die Sachen effizienter und effektiver für die Kundenbürgerschaft hat bisher jedenfalls genügt, um weiterhin substantielle Mittel in neue NPM Programme zu leiten. Die Kosten dieser Programme und ihrer Folgen werden bisher nicht ausgewiesen, ihr Nutzen – wie auch immer operationalisiert – wird einfach unterstellt. Oder anders formuliert: Die Kosten der Flexibilisierung zulasten der Staatskasse und der Bevölkerung werden nicht errechnet und in kritisierbaren Evaluationen ausgewiesen, sondern offenbar nur die zukünftig erwarteten Erträge einzelner Maßnahmenpakete.²

2 Darunter müßten natürlich nicht nur die Kosten der NPM-Programme fallen, sondern auch die zusätzlichen Ausgaben für Gesetzesanpassungen, parlamentarische Debatten, soziale Konflikte usw.

Wie sich nach dieser unvollständigen Auslegeordnung weniger präsentierter Doxa des NPM nun unschwer erwarten läßt, handelt es sich bei den dazugehörigen Schriften fast ausschließlich um die Textsorte der subpolitischen Programmliteratur in wissenschaftlicher Präsentationsform. Subpolitisch in dem Sinn, daß die intendierten Wirkzonen der NPM-Texte politisch verfaßte Institutionen sind, die mit einer unpolitischen Betriebsführungsverpackung managerieller Provenienz therapiert werden sollen. Gehaltvolle Texte zum NPM in einer klaren, wissenschaftlichen Fachsprache stammen bisher nur von Staatsrechtjuristen. Doch auch diese werden, insbesondere angesichts der medial inszenierten Zustimmung zum NPM, langsam aber sicher zum Rückzug in die Akademie oder gar zum Verstummen gebracht. Denkbar ist natürlich auch, daß sie im Begriff sind, auf den NPM-Zug aufzuspringen. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß mit der Ausnahme des Kantons Zugs, dessen Staatsschreiber das NPM sinngemäß als eine Ansammlung von Selbstverständlichkeiten, Trivialitäten und Banalitäten bezeichnet hat, alle anderen Kantone, der Bundesstaat und viele Gemeinden im Land solche Programme lanciert haben.

5. Zur Semantik und Pragmatik des New Public Management

Die zentralen Semantiken des NPM lassen sich dadurch charakterisieren, daß sie allgemein genug sind, um sich jeder vernünftigen und konkreten Überprüfung oder Beurteilung durch Dritte systematisch zu entziehen. Als kontextlose Abstrakta in einem Managementkaderwechsel vorgebracht, sind sie auch schwer zu kritisieren. Gezielt wird mittels Effizienz-, Flexibilitäts- und Effektivitätsansprüchen und dem ganzen Begriffs- und Verfahrensinventar folgerichtig auch nur auf *ganze soziale Institutionen* und nicht auf konkrete Handlungsfelder oder Organisationen in ihrer Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit im Alltag.³

Die NPM Programmatiken befassen sich beispielsweise mit *der Schule* oder *dem Schulwesen* (Dubs 1996), *der kommunalen Verwaltung* (Seidmeier und Knauf 1997), *dem Gemeindemanagement* (Senn 1997), *dem städtischen Amt* (Jäger 1995), *dem Gesundheitswesen* (Buschor 1994a) usw. und fassen dabei Bestände ins Visier wie *das Beamteneverhältnis* (Richli und Müller 1996), die *Führungsorganisation der Bundesverwaltung* (Haldemann 1995) usw. Die zugehörigen und explizit so bezeichneten Fallstudien beschäftigen sich dann in der Folge auch mit „der Schweiz“ (Schedler 1996), „dem Pentagon“ (Thompson und Jones 1994) oder einfach „Europa“ (Farnham 1996).⁴ Solche nur *vermeintlichen Fallstudien* bilden dann ihrerseits wiederum die Argumentationsbasis für die von

³ Meine Recherchen haben bisher auf der Ebene von sogenannten Fallstudien nur Diplomarbeiten zutage gefördert. Die „big shots“ des NPM befassen sich nicht wirklich mit empirischer Forschung und ihren Schwierigkeiten. Sie bearbeiten, nach Auskunft eines der Verfechter, den ich auf diesen Umstand hingewiesen habe, lieber die „normative Ebene“ oder „die Strategien“.

⁴ Die Ignoranz der seit langem verfügbaren Methodenliteratur zu Fallstudien (Lamnek 1988, 1989) und ihren Stärken und Begrenzungen sei hier nur der Vollständigkeit halber noch angefügt.

den NPM-Vertretern zur Begründung ihres Tuns gerne herangezogenen international vergleichenden Berichte (Jones und Schedler 1997).

Wissenssoziologisch ist an dieser Stelle festzuhalten, daß grundsätzlich nur mit großen transzendenten Verweisen operiert wird. Die Bedeutungszuladung wird gerade nicht durch Faßbares, Lokales und Praxisbeschreibung, -anleitung oder -evaluation erzielt. Mithin weist die Präsentation dieser Semantiken des NPM ganz deutlich die Merkmale einer „*civil religion*“ (Luckmann 1991) auf, in der die zu Managern mutierten Priester als Zentralverweis eine Verbindung aus dem „Hier und Jetzt“ hin zu einer als Erlösung kommunizierten Sphäre des komplett NPM-geführten Staates herstellen. Wer ihren Vorstellungen und insbesondere den damit verbundenen Praktiken folgt, dem wird der Erfolg desjenigen in Aussicht gestellt, der auf dem richtigen Weg ist. Die religiöse Komposition der Letsemanantiken ist soziologisch gesehen nötig: Nur so lassen sich Menschen davon abhalten, das Expertenwissen anhand ihrer eigenen Erfahrung in Frage zu stellen. Beim NPM handelt es sich zweifelstfrei um einen weiteren *moralischen Kreuzzug* analog den Nichtraucherkampagnen in Kalifornien (Knoblauch 1994) oder der Prohibitionsbewegung der zwanziger Jahre in den USA (Becker 1973), mit dem *neue Normen* und deren *Kontrollreue* in die Gesellschaft eingeführt werden sollen. Und ohne es zu beabsichtigen, schlagen die NPM-Vertreter auf ihrer Mission dazu noch ein Foucaultsches *Pandämonium totaler Kontrolle* (1977) vor: bestehend aus den ihrer Ansicht nach unabdingbaren Indikatorensystemen für die NPM-Verwaltungspraxis.

Das dabei schon mal das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt und die Sache auch mit unverfrorener Chuzpe vorgetragen wird, konnte die NPM-Vertreter bislang nicht wirklich beeinträchtigen. So forderte ein 1993 zum Gesundheitsminister gewählter NPM-Professor, der nie ein Spital in seinem Zuständigkeitsbereich – mit der Ausnahme von darin enthaltenen Hörsälen und Verwaltungsbüros als Rahmen für seine Mission – besucht hat, wenige Wochen nach seiner Amtseinsetzung in einer vor Widersprüchen nur so strotzenden, wirren Broschüre nichts weniger als „ein *wirksames* öffentliches Gesundheitswesen“ (Buschor 1994a). Was er damit konkret gemeint hatte blieb bis heute im Dunkeln. Der Mann wechselte auch nach ungefähr einem Jahr bereits wieder das Ministerium. Doch die Botschaft wurde offenbar dennoch verstanden: Im Anschluß an seine Intervention wurde ein mittlerweile unter seiner Nachfolgerin abgeschlossenes Programm namens LORAS (Leistungsorientierte Ressourcenallokation im Gesundheitswesen) lanciert, das mehrere Millionen gekostet haben dürfte und trotzdem *keine nachweislich brauchbaren Handlungsanweisungen* für die Verbesserung der Praxis im Gesundheitswesen produziert hat. Vielmehr wurde z.B. im Qualitätsbereich der Zürcherischen Spitäler einfach eine zusätzliche, teure formulargestützte Erhebungsbürokratie installiert, die – wenn wundert es – von einer Firma im Outsourcingverfahren unterhalten wird und deren Nutzen für die Gläubigen über alle Zweifel erhaben ist.

Aus diesen Gründen – so die Vermutung – schlagen die NPM-Verfechter denn auch immer wieder gerne ein sehr spezielles Organisationschema zur eigenen Immunisierung vor. Die parlamentarischen Beschlüsse und die oberen Hierarchieebenen sollen sich möglichst auf das als strategisch bezeichnete Management beschränken. Die staatliche Verwaltung – wer auch immer das dann

noch ist – soll mit Leistungsvorgaben und Evaluationsprozeduren ausgerüstet, die operative Ebene bearbeiten.⁵ Gerne wird an dieser Stelle zur Verstärkung dieser Vorlage auch auf das Organisationsprinzip der Holding aus dem aktienrechtlichen Bereich als das Erfolgsmodell zur Führung von Konzernen verwiesen (Buschor 1994b). Damit wird sichergestellt, daß die NPM-Ideenproduzenten sich fast ausschließlich mit den höchsten Hierarchieebenen beschäftigen müssen und die widerborstige und schwierige Praxis als ein nachrangiges Problem definiert bleibt, das die Heilslehre nicht grundsätzlich in Frage stellen kann. Das lokale Geschehen in Verwaltungen wird damit als ein Gegenstandsbereich zugeordnet, um den sich dann andere als die genialen Modelldesigner zu kümmern haben. Außerdem liefert diese Sprache auch implizite Verweise auf die Erfolgsaufladung für den eigenen Kreuzzug erreicht, und es wird mithin die Fiktion befestigt, daß sich die staatliche Verwaltung nicht von der Verwaltung von Industriekonglomeraten unterscheiden würde und dies trotz der völlig unterschiedlichen Erfolgskriterien: ein erwerbswirtschaftlich geführter Konzern hat mindestens einmal im Jahr ein vergleichsweise einfaches Erfolgsmaß, den monetär bemessenen Ertrag in Relation zu den Kosten. Die staatliche Verwaltung verfügt nicht über ein so klares und normativ befestigtes, institutionalisiertes Ausweisungskonzept für ihren Erfolg. Da lassen uns auch die sogenannten „performance measurements“ der NPM-Vertreter schmählich im Stich – diese sind nämlich Gegenstand von Verhandlungen in der politischen Arena, nicht marktmäßig definiert und deshalb auch wesentlich beliebiger und stärker dem Zeitgeist unterworfen. Nachfragen bei den NPM-Vertretern helfen hier wenig, denn diese beschränken sich dann ziemlich sibyllinisch darauf, daß eben über Effizienz und Effektivität Nutzen für die Bevölkerung abgebildet werden sollten.

Eine von mir interviewte Bundesbeamtin auf der mittleren Hierarchieebene, die ihre Amtsstelle gemäß den Prinzipien des NPM umgestalten muß – mit anderen Worten „ihr steht ein Leistungsauftrag bevor“ und sie wird in ein „Globalbudget“ eingebunden –, hat die von ihr erfahrenen Grundsätze des NPM in der Praxis folgendermaßen zusammengefaßt:

„Es wird Geld verbraten noch und noch. Man kann dauernd an Seminare gehen auf denen inhaltsloses Zeug geschwafelt wird, und man darf ja nichts dagegen sagen. Sonst heißt es sofort: „Du bist von gestern und so“. Der Ist-Zustand wird grundsätzlich nicht angeschaut. Was wir heute tun, zählt gar nicht. Man wird aufgefordert, Visionen zu entwickeln und die Zukunft zu gestalten. Es wird nie gefragt, wie es ist, wie es hier wirklich läuft. Das wollen die gar nicht wissen. Hauptsache es geht etwas gut. Dann heißt es sofort: „Du bist ein Neinsager.“ (Bundesbeamtin in leitender Stellung zu einem in ihrem Bereich durchgeführten NPM-Projekt)

⁵ Ein ranghoher Beamter, der dieses Konzept in einem Ministerium umsetzen und auch juristisch flankieren sollte, hat dazu bemerkt, diese Organisationsvorstellung sei für staatliche Behörden völlig unbrauchbar und eine Schwindelei. Schließlich habe Napoleon auch nicht nur zu seinen Generälen gesagt, jetzt wird Rußland erobert und sich dann nicht mehr um operative Details gekümmert.

Damit ist eine letzte wichtige semantische Dimension des NPM angedeutet: Hier beschäftigt man sich grundsätzlich mit der Zukunft, und nicht mit der Gegenwart.

6. Schlußfolgerungen

Die wissenssoziologische Analyse des kulturellen Modells des NPM zeigt im Kern ein mit „gut“ (= effizient, effektiv) und „schlecht“ (= ineffizient, ineffektiv) codiertes, einfaches Deutungsschema der staatlichen Verwaltung. Im Rahmen des NPM wird ein *moralischer Kreuzweg* ausgetragen, in dem transzendente Verweisungshorizonte von den Regelsetzern analog religiöser Überschreitungen des Hier und Jetzt zur Formulierung ihrer Lehre verwendet werden. Entsprechend dieser Anlage bleibt das Interesse für die tatsächliche Verwaltungspraxis bei diesen moralischen Unternehmern gering. Die deklamatorische Transformations vom Bürger zum Kunden – und die damit verlorene Dimension der Macht und ihrer Organisation – führt durch die Euphemisierung und Verschleierung von Macht aber dazu, daß das NPM als eine eminent politische, d.h. die Macht zentral betreffende Denkformation gesehen und weiter analysiert werden sollte. Inwieweit sich z.B. die legislativen Träger der bisherigen offiziellen Politik und Definitionsmacht in der direkten Demokratie mithin mit dem New Public Management selber entmachten können, ist in diesem Zusammenhang eine wichtige Frage. Das NPM möchte die Karten im Spiel der "checks and balances" im demokratischen Staat mit Organisationsmodellen von erwerbswirtschaftlichen Konzernstrukturen neu verteilen. Diese therapeutisch intendierte Umverteilung von Macht und Einfluß unter vergleichsweise inhaltslosen Effizienz – und Effektivitätskriterien, die im Sinne einer „*civil religion*“ vorgetragen werden, sind in ihren Konsequenzen noch wenig und kaum je grundsätzlich thematisiert. Falls aber diese Entmachtung staatlicher Hoheit durch trivialisierte ökonomische Denkfiguren eingeleitet werden kann, werden die lokalen und regionalen politischen Strukturen grundsätzlich auf die Erfüllung von anderenorts als strategisch definierten Zielen verpflichtet, deren Erfüllung mit einem brüchigen Inventar von Maßzahlen in einer Scheintransparenz gefaßt werden und dann nach „oben“ – zu den Spitzen der NPM-Bürokratie – gemeldet werden müssen.

NPM verspricht nichts weniger als den ‚schlanken Staat‘, vermöge dessen die Überwindung der ‚Bürokratie‘ gelingen könne und der damit für die Zukunft gerüstet sei. Als wichtige semantische Ressourcen für die Verbreitung des NPM sind bisher insbesondere Argumentationsfiguren mit möglichst weit weg liegenden Verweisungshorizonten und kontextlosen Konzeptualisierungen der staatlichen Verwaltung mit allgemeinen Managementinstrumenten aus dem erwerbswirtschaftlichen Bereich aufgefallen. Was mithin aus Neuseeland oder Holland als Erfolg berichtet wird, ist wichtiger und bedeutsamer als das, was in Bern-Bümpliz und anderswo in der Schweiz nachweisbar geschieht. Diese Deutungsstruktur liefert *Rahmenungen des Großen und des Bedeutsamen*. Damit wird aber auch gewissermaßen das Immunsystem des Lokalen und des Regionalen geschwächt und für die Regeln der NPM-Umerziehung zugerechnet.

Dieser Befund paßt nahtlos zur These von Saskia Sassen (1998) über das Auftauchen einer lokal agierenden Denationalisierungselite von Experten im Prozeß der Globalisierung. Lokale und regionale politische Kontexte und ihre soziale Organisation werden von ihnen mit Ineffizienzargumenten und den dazugehörigen semantischen Arsenalen delegitimiert. Damit werden diese Zielbereiche für den Umbau mit dekontextualisierenden Konzepten wie z.B. dem „Benchmarking“ und dem „Outsourcing“ vorbereitet. Solche als Reformen bezeichnete und immer sehr teure Vorhaben zielen auf die Zerstörung lokaler Verwaltungskulturen. Denn damit bedürfen lokale Kontexte, die bisher in ihrer Selbstverständlichkeit und Unvergleichbarkeit existiert haben, plötzlich der ausführlichen Begründung, die sie – so ist zu erwarten – selber gar nicht liefern können, weil lokale Selbstverständlichkeiten als Bestände des traditionellen Wissens gerade nicht begründbar sind (Gross 1994). Die Kur des dann nötigen NPM wird mit hochgradig transzendenten Verweisungsstrukturen auf die Zukunft und mit Verheißungen auf eine wirksamere Mittelverwendung begründet. Mithin ist der Wissensaufbau und dessen Verwaltung durch ein kleines, aber wirksames Netzwerk von Experten kultähnlich strukturiert. Im Rahmen von dazugehörigen moralischen Kreuzzügen werden Nichtgläubige, insbesondere im außerwissenschaftlichen Bereich, schnell als „Gestrige“ oder „Bürokraten“ stigmatisiert. Die Anbindung der eigenen Semantik an die Sprache des Managements im erwerbswirtschaftlichen Bereich erweist sich dazu als hilfreich insofern, als nichtstaatliche Erwerbsorganisationen als dynamische Vorbilder rasch an das Alltagswissen anschließbar werden und damit implizite Erfolgs- und Heilsversprechen für die angeblich starre, zu teure und wenig wirksame Staatsverwaltung unterstellt werden können.

Bedeutsam ist der hier beschriebene Wissensbestand zur Organisation staatlicher Verwaltung, weil damit einsichtig wird, daß die Globalisierung von Wissen und die damit verbundene Praxis gerade nicht in erster Linie ökonomisch – im Sinne der Reaktion auf Ricardos Freihandelstheorem – verstanden werden sollte. Die Ökonomie komparativer Vorteile braucht lokale, regionale und nationale Kontexte mit unterschiedlicher ökonomischer und institutioneller Ausstattung für ihre Realisierung (Caves und Jones 1985). Auch das NPM wird zwar als eine lokale ideologische soziale Praxis von professionellen Sozialpathologen, wie sie bereits C. W. Mills (1942) in seinem Aufsatz über „The Professional Ideology of Social Pathologists“ beschrieben hat, vorangetrieben. Doch die von ihnen diagnostizierte, stigmatisierte und anschließend therapierte staatliche Verwaltung soll – gemäß ihren Absichten – kulturell mittels eines wenig profunden Wissens homogenisiert und nicht differenziert werden. Inwieweit das NPM die Praxis staatlichen Verwaltungshandelns tatsächlich entlang seiner angekündigten Verheißungen verändert, bleibt – jedenfalls in einem sozialwissenschaftlichen Standard verpflichteten Untersuchungen – in der Schweiz erst noch abzuklären.⁶ Für die Organisationssoziologie, die Elitenforschung und die

6 Erste Ansätze einer nicht euphorisierend-kritiklosen Auseinandersetzung mit dem NPM sind immerhin sichtbar. Der Generalsekretär der Schweizerischen Akademie für Geistes- und Sozialwissenschaften hat im Kontext der Regulierung universitärer Strukturen durch NPM-Strategien einen hoffnungsvollen, kompetenten und in einem

politische Soziologie zeichnet sich mithin ein fruchtbares und interessantes Forschungsfeld ab, das bisher leider noch nicht wirklich beackert worden ist.

Literatur

- Becker, Howard S. (1973): Außenseiter. Zur Soziologie abweichenden Verhaltens. Frankfurt/M.
- Betz, Petra; Nagel, Erik (1999): New Public Management – Ein Modell macht Veränderungen oder: Die Mär von der schnellen Reform. In: Walker, Daniel; Thierstein, Alan; Betz, Petra (Hg): *Mythen und Märchen in der Politik*. Chur/Zürich: 63-76
- Borner, Silvio; Brunetti, Aymo; Straubhaar Thomas (1990): Schweiz AG : vom Sonderfall zum Sanierungsfall? Zürich
- Buschor, Ernst (1994a): Organisationsmodelle für ein wirksameres öffentliches Gesundheitswesen. Zürich
- Buschor, Ernst (1994b): Wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Zürich
- Caves, Richard E.; Jones, Ronald W. (1985): *World Trade and Payments*. An Introduction. Boston/Toronto
- D'Andrade, Roy (1995): *The Development of Cognitive Anthropology*. Cambridge
- Dubs, Rolf (1996): Schule, Schulentwicklung und New Public Management. St. Gallen
- Farnham, David (1996): *The New Public Managers in Europe: Public Servants in Transition*. Houndsmill
- Foucault, Michel (1977): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt/M.
- Gross, Peter (1994): Die Multioptionsgesellschaft. Frankfurt/M.
- Habermas, Jürgen (1998): Die postnationale Konstellation. Frankfurt/M.
- Hablützel, Peter; Schedler, Kuno (1995): Umbruch in Politik und Verwaltung: Ansichten und Erfahrungen zum New Public Management in der Schweiz. Bern
- Haldemann, Theo (1995): *New Public Management: Ein neues Konzept für die Verwaltungsführung des Bundes? Schulungsunterlage zum internationalen Stand der Verwaltungsforschung und der Verwaltungsreform im Bereich des New Public Management*. Bern
- Holland, Dorothy; Quinn, Naomi (1987): *Cultural Models in Language and Thought*. Cambridge
- Jäger, Urs (1995): Möglichkeiten und Grenzen der Einführung des „New Public Managements“ auf Ebene eines städtischen Amtes: Untersuchung am Beispiel des Sportamtes einer mittelgrossen Schweizer Stadt. Universität St. Gallen
- Jones, Lawrence; Schedler, Kuno (1997): *International Perspectives on the New Public Management: A Research Annual*. Greenwich
- Knoblauch, Hubert (1994): Vom moralischen Kreuzweg zur Sozialtechnologie. Die Nicht-raucherkampagne in Kalifornien. In: Hitzler, Ronald; Honer, Anne; Maeder, Christoph (Hg): *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*. Opladen: 248-267
- Lamnek, Siegfried (1988): *Qualitative Sozialforschung*. Band 1 Methodologie. München
- Lamnek, Siegfried (1989): *Qualitative Sozialforschung*. Band 2 Methoden/Techniken. München
- Luckmann, Thomas (1991): *Die unsichtbare Religion*. Frankfurt/M.: Suhrkamp

vernünftigen Rahmen kritischen Text vorgelegt (siehe Zürcher 1999). Ebenso sei verwiesen auf Betz und Nagel (1999), die das NPM als die „Mär von der schnellen Reform“ charakterisieren.

- Mäder, Hans (1995): New Public Management: Der Kunde ist König – oder – die Verwaltung ist tot, es lebe die Verwaltung! In: *Der Schweizer Treuhänder*, 69 (1995): 43-50
- Mastronardi, Philippe; Schedler, Kuno; Brühlmeier, Daniel (1998), (Hg): New Public Management in Staat und Recht: ein Diskurs. Bern
- Mills, Wright C. (1942): The Professional Ideology of Social Pathologists. In: *American Journal of Sociology*, 49 (1942): 165-180
- Richli, Paul; Müller, Thomas (1996): Öffentliches Dienstrecht im Zeichen des New Public Management: staatsrechtliche Fixpunkte für die Flexibilisierung und Dynamisierung des Beamtenverhältnisses. Bern
- Sassen, Saskia (1996): Metropolen des Weltmarktes: Die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt/M.
- Sassen, Saskia (1998): Globalization and Its Discontents. New York
- Schedler, Kuno (1996): Ansätze einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung: Von der Idee des New Public Managements (NPM) zum konkreten Gestaltungsmodell. Fallstudie Schweiz. Bern
- Scriven, Michael S. (1991): Evaluation Thesaurus. Newbury Park
- Seidlmeier, Heinrich; Knauf, Jürg (1997): New Public Management in der kommunalen Verwaltung: Ansatz und praktische Erfahrungen aus dem Projekt PORTTKA. Baden
- Baden
- Senn, Paul (1997): Gemeindemanagement: Ganzheitlich integrierter Ansatz unter Berücksichtigung der New Public Management (NPM) Philosophie. Luzern
- Thompson, Frederick; Jones, Lawrence R. (1994): Reinventing the Pentagon: How the New Public Management can bring institutional renewal. San Francisco
- Walter-Busch, Emil (1996): Organisationstheorien von Weber bis Weick. Amsterdam
- Weber, Max (1972[1922]): Wirtschaft und Gesellschaft: Grundriß der Verstehenden Soziologie. Tübingen
- Zürcher, Markus (1999): Der Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Förderung der Universitäten und über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich: Fakten, Beurteilungen, Einwände. Bern

sozialersinn

Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung

wird herausgegeben von
Stefan Kutzner, Fribourg/CH; Thomas Loer, Dortmund; Kai-Olaf Maiwald, Tübingen; Hansjörg Sutter, Frankfurt/M.; Andreas Wernet, Potsdam

Redaktion:

Dr. Thomas Loer
Wacholderweg 27
D-59192 Overberge
Telefon: (02307) 984564
Telefax: (02307) 984565
E-Mail: t.loer@wiso.uni-dortmund.de

Wissenschaftlicher Beirat:

Tilman Allert (Tübingen), Jörg R. Bergmann (Giessen) Ralf Bohnsack (Berlin), Alfons Bora (Bielefeld), Micha Brumlik (Frankfurt/M.), Elisabeth Flitner (Potsdam), Detlef Garz (Oldenburg), Regine Gildemeister (Tübingen), Roland Girtler (Wien), Alois Hahn (Trier), Ronald Hitzler (Dortmund), Bruno Hildenbrand (Jena), Claudia Honegger (Bern), Ulf Mathiesen (Erkner), Max Miller (Hamburg), Ulrike Nagel (Magdeburg), Hartmut Neuendorf (Dortmund), Ulrich Oevermann (Frankfurt a.M.), Gabriele Rosenthal (Berlin), Doris Schaeffer (Bielefeld), Constans Seyfarth (Tübingen), Hans-Georg Soeffner (Konstanz), Walter M. Sprondel (Tübingen), Iija Srubar (Erlangen), Erhard Stölting (Potsdam), Stephan Wolff (Hildesheim)

Erscheinen und Bezugsbedingungen:

sozialersinn. Zeitschrift für hermeneutische Sozialforschung erscheint dreimal jährlich und hat einem Jahresumfang von ca. 500 Seiten. Die Zeitschrift kann durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag bezogen werden. Der Preis eines Jahresabonnements beträgt 126,- DM/112,50 SFr/920 ÖS, das Einzelheft kostet 50,- DM/46,50 SFr/365 ÖS (jeweils zzgl. Versandkosten). Das Abonnement verlängert sich um jeweils ein weiteres Jahr, wenn es nicht 3 Monate vor Jahresende schriftlich gekündigt wird. Zuschriften, die den Vertrieb oder Anzeigen betreffen, bitte nur an den Verlag.

Anzeigenverwaltung beim Verlag.

Druck und Verarbeitung: DruckPartner Rübelmann, Hemsbach.

Verlag:

Leske + Budrich
Postfach 300 551, 51334 Leverkusen
Tel.: 02171/4907-0, Fax: 02171/4907-11
E-mail: lesbudpubl@aol.com
www.leske-budrich.de
ISSN: 1439-9326

Inhaltsverzeichnis

Deutungsmuster und Begriffsentwicklung

<i>Ulrich Oevermann</i>	Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern (1973)	3
<i>Ulrich Oevermann</i>	Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung.....	35
<i>Thomas Bernhard Seiler</i>	Strukturgenetische Begriffsforschung am Beispiel des Arbeitsbegriffs	83

Neuere Entwicklungen in der Ethnographie

<i>Hubert Knoblauch</i>	Fokussierte Ethnographie	123
<i>Berni Schnettler</i>	Vision und Performanz Zur soziolinguistischen Gattungsanalyse fokussierter ethnographischer Daten.....	143

Methodenwerkstatt

<i>Ingo Wienke</i>	Das Luftbild als Datum soziologischer Analyse Eine objektiv-hermeneutische Textinterpretation als Beitrag zur Rekonstruktion von Strukturen sozialer Räume	165
--------------------	---	-----

Zeitzeichen

<i>Christoph Maeder</i>	Der moralische Kreuzzug des „New Public Management“ in der Schweiz	191
-------------------------	---	-----

Rezensionen

<i>Regine Gildemeister</i>	Reihe „Qualitative Sozialforschung“. Praktiken, Methodologien, Anwendungsfelder. Herausgegeben von Ralf Bohnsack, Christian Lüders und Jo Reichertz. Opladen	205
----------------------------	---	-----

Oliver Jahraus

Natalie Binczek: Im Medium der Schrift. Zum
dekonstruktiven Anteil in der Systemtheorie
Niklas Luhmanns. München 2000 220

Abstracts der Beiträge 223